Statusbericht zum Nationalen E-Government Kompetenzzentrum

[GI-FG-VI] Sitzung des Leitungsgremiums der Fachgruppe Verwaltungsinformatik am 19.9.2012 in Braunschweig

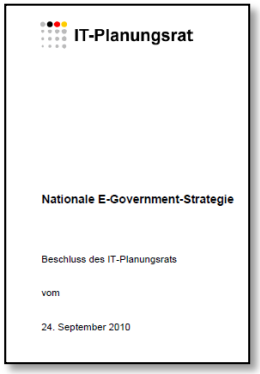
Andreas.Steffen@init.de

Statusbericht zum Nationalen E-Government Kompetenzzentrum

1. Ausgangspunkt
2. Handlungsbedarf
3. Dank an die GI
4. Selbstverständnis und Wertschöpfung
5. Struktur, Gremien und Governance
6. Zielstellung: mögliche erste Projekte
7. Status, Meilensteine und nächste Schritte

Ausgangspunkt

Ausgangspunkt für die Errichtung des Kompetenzzentrums ist das in der Nationalen E-Government Strategie (2010) erklärte Ziel, wonach Deutschland eine international führende Position in der E-Government-Forschung anstrebt.



In der Entwicklung und effizienten Nutzung neuer Technologien und Lösungen für E-Government strebt Deutschland in Europa und international eine führende Rolle an. **Zur Bündelung der erforderlichen Kompetenzen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen stimmen sich Bund und Länder bei der Förderung der wissenschaftlichen, interdisziplinären E-Government-Forschung eng ab.**

siehe Ziel 15: http://www.it-planungsrat.de/DE/Strategie/negs_node.html

Handlungsbedarf

„Immer noch werden Großprojekte auf Zuruf, aus Technikfaszination und in blinder Nachahmung angeblicher Best Practice aufgesetzt und Top-down durchgesetzt.“
Prof. Dr. Klaus Lenk, Professor emeritus für Verwaltungswissenschaft der Universität Oldenburg sowie Mitbegründer und Fellow des Hochschulkollegs E-Government der Alcatel-Lucent Stiftung

„Die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Analyse und Unterstützung der Gestaltung von Verwaltungen wird nach einer Expansionsphase in den 1970er Jahren heute immer mehr aus dem Wissenschaftssystem ausgeklammert.“
Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Budäus, Professor emeritus für Betriebswirtschaftslehre und Public Management der Universität Hamburg

zitiert aus: „Zwischenbilanz: E-Government und Verwaltungsmodernisierung“ (Dokumentation zur Veranstaltung „Zehn Jahre Memorandum ‚Electronic Government als Schlüsse zur Modernisierung von Staat und Verwaltung“, Berlin, 1. Oktober 2010“)

1. Dank an die GI

Schon vor mehr als 10 Jahren wurden durch die GI wichtige Grundlagen für die Gründung eines Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ) gelegt:

- **Memorandum „E-Government als Schlüssel zur Modernisierung von Verwaltung und Staat“ (2000)**
- **E-Government-Forschungsplan (2005)**
- **Kieler Erklärung (2011)**
- **Positionspapier NEGZ-Konzept (2011)**

2. Selbstverständnis und Wertschöpfung (1/2)

Das Kompetenzzentrum verfolgt den Zweck, Forschung und Lehre im Bereich der Verwaltungstransformation und -modernisierung zu fördern, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung in der anwendungs- und gestaltungsorientierten Forschung und Entwicklung von Anwendungslösungen zu vernetzen und Innovationsprozesse im Bereich der staatlichen Modernisierung und Verwaltungstransformation wissenschaftlich zu begleiten.

Wertschöpfung in der Wissenschaft

- Errichtung von **Stiftungsprofessuren** und Aufbau weiterer **Forschungskapazitäten**
- **Nachhaltiger Aufbau** des wissenschaftlichen Nachwuchses (Gastaufenthalte und Stipendien)
- **Kompetenzbündelung** der Mitglieder
- Information und administrative Entlastung der Mitglieder (Lehrstühle und Forschungseinrichtungen) bei **Drittmittelaktivitäten**
- Recherche, Akquisition und Koordination von **FuE-Mitteln für die Wissenschaft**

- Das Kompetenzzentrum bewirbt sich um **Rahmenverträge**, in denen Mitglieder aus der Wissenschaft Unteraufträge übernehmen.
- Das Kompetenzzentrum bewirbt sich als **Projektträger für die inhaltliche und administrative Durchführung von Förderprogrammen** im Bereich E-Government.
- Das Kompetenzzentrum definiert **eigene Forschungsprogramme**, an denen sich Mitglieder bewerben und Projektvorschläge vergeben werden können.

2. Selbstverständnis und Wertschöpfung (2/2)

Das Kompetenzzentrum versteht E-Government als übergreifende Forschungs- & Lehrdisziplin. Das NEGZ verbindet Wissenschaft mit Verwaltung und Wirtschaft interdisziplinär und intersektoral & schafft die erforderlichen Synergien.

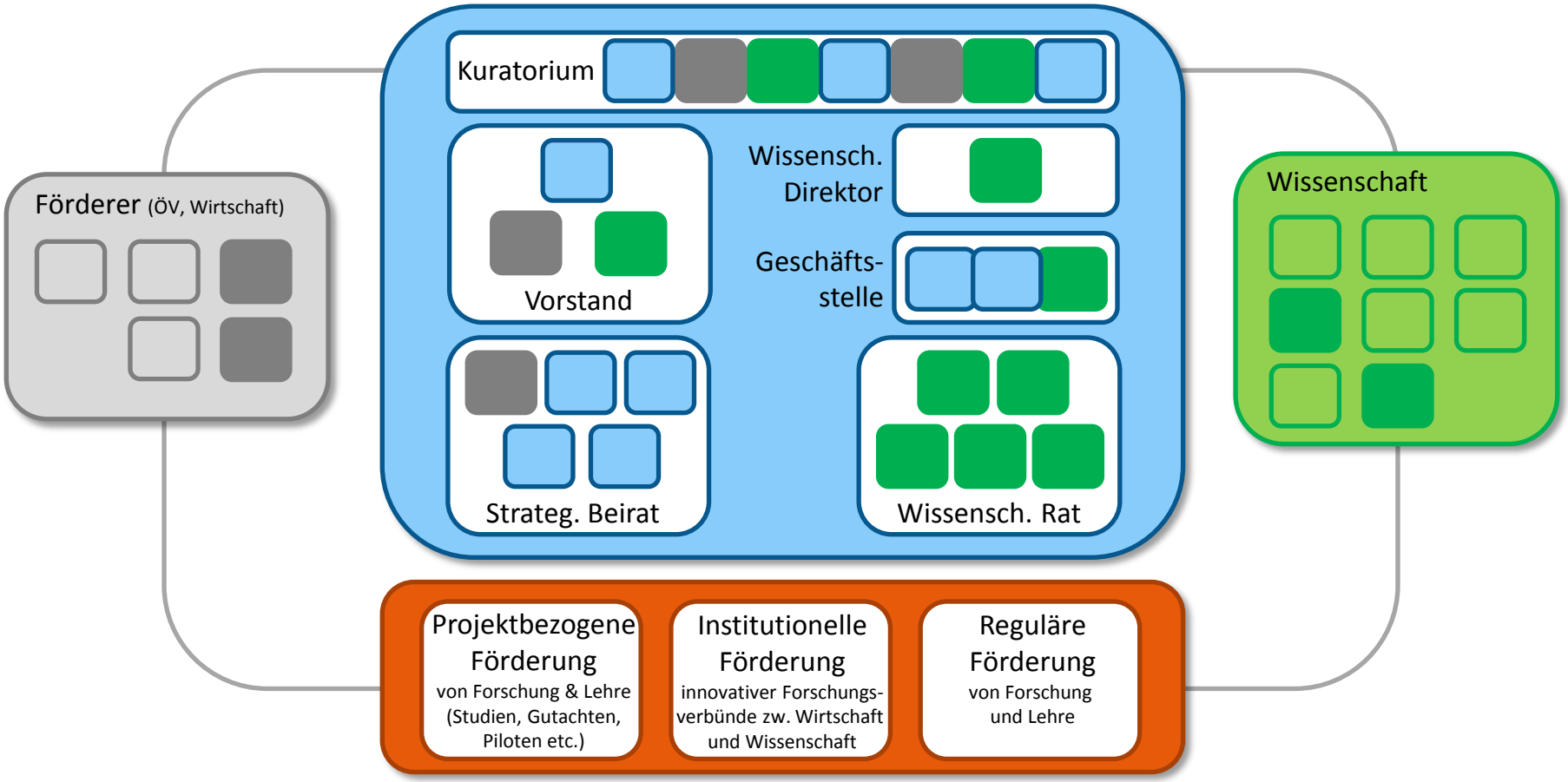
- Schlüsselrolle von Forschung und Lehre in Verwaltungs-, Wirtschafts- und Rechtsinformatik, Verwaltungs-Politik- und Rechtswissenschaft sowie Public Management und angrenzenden weiteren Fach- und Arbeitsgebieten bei der Entwicklung und Implementierung zeitgemäßer Arbeits- und Organisationsformen in Staat und Verwaltung.

Wertschöpfung in ÖV und Wirtschaft

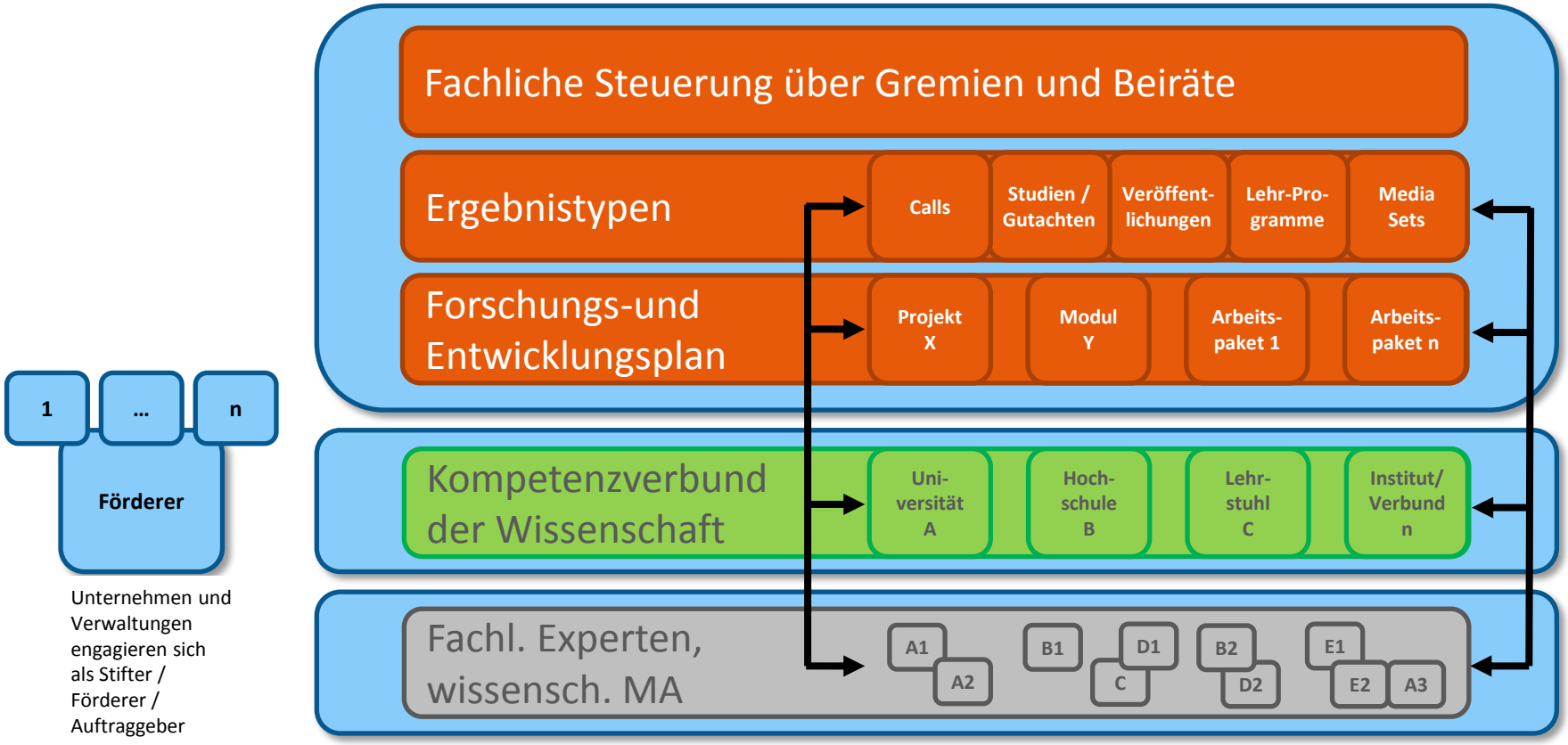
- **Vernetzung von Projekten** zwischen Verwaltung und Wirtschaft sowie innerhalb von Behörden
- Organisation des **Wissenstransfers**
- Höhere **Beratungsqualität** & **Erfolgswahrscheinlichkeit** in Politik/Verwaltung
- Monitoring der lfd. Aktivitäten, Ableitung von konkreten **Handlungsempfehlungen**

- **Performancesteigerung** & **Kosteneinsparungen** durch praxisgerechte Lösungen für ÖV & Wirtschaft
- **Transfer von Anwendungslösungen** zwischen Behörden (Bund, Land, Kommunen) sowie zwischen Verwaltung und Wirtschaft
- Aufbau relevanter **IT-Infrastrukturen** für die öffentliche Verwaltung in **Deutschland**

3. Struktur, Gremien und Governance (1/2)



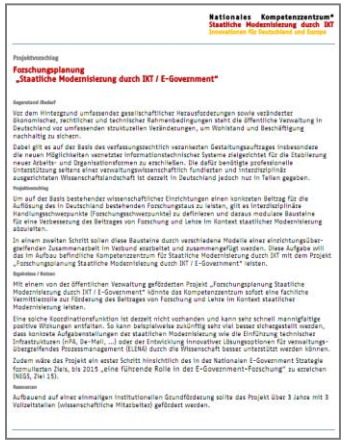
3. Struktur, Gremien und Governance (2/2)



4. Zielstellung: mögliche erste Projekte

1. Entwicklung eines Forschungsrahmenplans
2. Evaluation und Monitoring: NEGS-Fortschrittsanzeiger
3. Entwicklung einer föderalen IT-Infrastruktur („Stein-Hardenberg 2.0“)

Die Projektskizzen liegen dem BMI und IT-Planungsrat vor:


Nationales Kompetenzzentrum* Staatliche Modernisierung durch IKT

Projektvorschlag

Forschungsplanung „Staatliche Modernisierung durch IKT / E-Government“

Nationales Kompetenzzentrum* Staatliche Modernisierung durch IKT

Projektvorschlag

Wissenschaftliche Begleitung beim Aufbau eines Fortschrittsanzeigers zum Umsetzungsstand der Nationalen E-Government Strategie

Nationales Kompetenzzentrum* Staatliche Modernisierung durch IKT

Projektvorschlag

Begleitforschung zum „Aufbau einer Föderalen E-Government Infrastruktur“ in Deutschland

5. Status, Meilensteine und nächste Schritte

- September 2010: Erste Diskussionen (u.a. BMI, DStGB, FOKUS, Partnerschaften Deutschland)
- Dezember 2010: Verankerung der NEGZ-Idee in der Abschlusserklärung des Nationalen IT-Gipfels („Dresdner Vereinbarung“)
- März 2011: Start der Initiative zum NEGZ-Aufbau aus dem Kreis der Arbeitsgruppe 3 des Nationalen IT-Gipfels
- April 2011: Erstes Konzeptpapier der Hertie School of Governance im Auftrag von Mitgliedern der AG 3
- Mai-September 2011: Intensiver Dialog mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung; „Kieler Erklärung“ als Positionspapier der Wissenschaft; Zusage für erste Stiftungsprofessur durch]init[an der HSOG
- September 2011: Positives Positionspapier der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik
- Oktober 2011: Beschluss der AG3 zum Aufbau eines Nationalen E-Government Kompetenzzentrums
- Dezember 2011: Stellungnahme der AG3 an den IT-Planungsrat zur Umsetzung der Nationalen E-Government Strategie; Interessensbekundungen für die Einrichtung weiterer Stiftungsprofessuren aus mehreren Bundesländern
- Januar 2012: Arbeitsgespräch mit der Vorsitzenden des IT-Planungsrates zu den Möglichkeiten des Beitrages des Bundes beim Aufbau des Kompetenzzentrums inkl. Vorstellung erster konkreter Projektideen
- Februar-Mai 2012: Überarbeitung des Konzepts (u.a. Stärkung des föderativen Verbundes, Verzicht auf Lead-Hochschule, Vertiefung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
- Juli-September 2012: Erarbeitung und Review des Satzungsentwurfes; Zusage für zweite Stiftungsprofessur von KMU; weitere Arbeitsgespräche mit dem BMI
- Oktober 2012: Arbeitsaufnahme des ersten Stiftungslehrstuhls an der HSOG; erste Tagung der Gründungskommission in Berlin; Vorstellung des aktuellen Status beim IT-Planungsrat
- November 2012: zweite Tagung der Gründungskommission und Verabschiedung der Satzung
- Dezember 2012 bis Februar 2013: Vereinsgründung und erste Mitgliederversammlung inkl. Besetzung der Gremien (Kuratorium, Beiräte, Vorstand), der wissenschaftlichen Leitung und der Geschäftsführung; Abschluss von ersten Kooperationsvereinbarungen (Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft)
- April 2013: Arbeitsaufnahme der Geschäftsstelle in Berlin

]init[

NEGZ
Nationales E-Government
Kompetenzzentrum

Vielen Dank!

Andreas Steffen

Innovationsmanager

Innovation & Forschungskooperationen

Telefon: +49 (0) 30 - 97006 350

E-Mail: Andreas.Steffen@init.de

Web: www.init.de